

## **Die UN- Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen: Behinderte auf allen Ebenen integrieren – auch in Deutschland**

---

Am 13. Dezember 2006 wurde die UN- Menschenrechtskonvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung verabschiedet. Im Jahr 2009 trat diese auch in Deutschland in Kraft.

Zweck der Konvention ist, „[...] den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern.“

Darunter sind zum Beispiel angesprochen:

- Gleichstellungspolitik
- Barrierefreiheit
- Bildungspolitik
- Gesundheitspolitik
- Rehabilitation und berufliche Teilhabe
- Selbstbestimmtes Leben

Dem voran muss der Fürsorgegedanke ersetzt werden durch die Tatsache, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben. Unabhängig von Unterschieden.

Das Übereinkommen über die Rechte der Menschen mit Behinderung beschreibt detailliert, welche Verpflichtungen die Länder der EU eingegangen sind. Dazu gehören beispielsweise:

- alle geeigneten Maßnahmen einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen zur Änderung oder Aufhebung bestehender Gesetze, Verordnungen, Gepflogenheiten und Praktiken zu treffen, die eine Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen darstellen
- Schutz und Förderung der Menschenrechte von Menschen mit Behinderung (diese sind auch in allen politischen Programmen und Projekten zu berücksichtigen)
- Sorge zu tragen, dass Handlungen oder Praktiken zu unterlassen, die nicht mit der Konvention vereinbar sind
- Alle Behörden und öffentlichen Einrichtungen müssen im Einklang mit dem Übereinkommen sein
- Beseitigung von Diskriminierungen aufgrund von Behinderung durch Personen, Organisationen oder privater Unternehmen
- Forschung und Entwicklung für neue Technologien voran zu bringen, die für Menschen mit Behinderung geeignet sind
- Bewusstseinsbildung um Akzeptanz zu schaffen.

## **Die UN- Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen: Behinderte auf allen Ebenen integrieren – auch in Deutschland**

---

### **Warum braucht es eine schnelle Umsetzung der Konvention - Aktuelle Situation.**

In der EU leben circa 50 Millionen Menschen mit einer Behinderung, darunter alleine in Deutschland 7,1 Millionen, die statistisch erfasst sind. Das sind 8,7 Prozent der gesamten Bevölkerung.<sup>1</sup> Da nur diejenigen aufgeführt sind, die im Besitz eines Schwerbehindertenausweises sind, schätzt man die Dunkelziffer auf insgesamt 10 Prozent.

In Rheinland- Pfalz sind 7,9 Prozent betroffen, das sind rund 317.400 Menschen. Darunter allein 7.600 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren und 162.696 Menschen ab 67 Jahren.<sup>2</sup> Die Zahlen verdeutlichen, dass Handlungsbedarf besteht und viele Personen von einer schnellen Realisierung profitieren könnten. Mit Blick auf den demographischen Wandel werden immer mehr Menschen eine barrierefreie Umwelt benötigen. Im Jahre 2050, so schätzt man, hat sich die Zahl der 80- jährigen verdreifacht. Es gilt daher schnell zu handeln, da die Anforderungen an uns rasant wachsen werden.

### **Gleichstellungspolitik**

Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung ist zentrales Ziel der UN- Menschenrechtskonvention über die Rechte für Menschen mit Behinderung. Behindertenpolitik und somit die ausnahmslose Gleichstellung aller Menschen ist eine Querschnittsaufgabe. Sie umfasst alle Themen unseres Alltags.

In vielen Bereichen des Alltags finden sich noch viele Barrieren, die eine Gleichstellung erschweren oder gar unmöglich machen. Die Auswirkungen betreffen die Bildung, die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderung, aber auch die Freizeitgestaltung. Auch die Sichtweise auf Menschen mit Behinderung muss geändert werden.

DIE LINKE will daher eine reale Gleichstellung unter Berücksichtigung aller persönlichen Situationen. Dies beinhaltet die Umsetzung aller Nachteilsausgleiche. Im Folgenden werden einige spezielle Handlungsfelder erörtert.

### **Situation in Bezug auf Barrierefreiheit**

Barrierefreiheit ist die Grundvoraussetzung für echte Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben. Immer mehr wird bei der Umsetzung von Vorhaben, z.B. baulicher Natur

---

<sup>1</sup>[http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/09/PD10\\_\\_325\\_\\_227,templateId=renderPrint.psml](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/09/PD10__325__227,templateId=renderPrint.psml)

<sup>2</sup> Statistisches Landesamt Rhainland-Pfalz

## **Die UN- Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen: Behinderte auf allen Ebenen integrieren – auch in Deutschland**

---

Barrierefreiheit berücksichtig. Dennoch gibt es aktuell noch zu viele Nutzungs- und Zugangsbarrieren. Hierunter zählen (neben den baulichen) auch kognitive und kommunikative Barrieren. An dieser Stelle seien nur einige aufgezeigt:

- Verkehr
  - Öffentliche Verkehrsmittel sind selten barrierefrei gestaltet. Dies betrifft nicht nur Menschen mit körperlicher Behinderung.
  - Busfahrpläne sind oft unübersichtlich gestaltet und schwer zu verstehen.
  - Haltestationen müssen auf verschiedene Weise (Ansage, Schrift) kenntlich gemacht werden , z. B. über einen Außenlautsprecher
  
- Verwaltung
  - einfache Sprache bei Anträgen
  - gute Lesbarkeit von Anträgen, ggf. mit Brailledrucker ausdrucken
  - Einführung Wegeleitsysteme in den öffentlichen Gebäuden
  
- Kultur
  - Fehlende, einheitliche Regelung für die Mitnahme einer Begleitperson (ohne Benachteiligung bei der Platzreservierung)
  - Bei Film oder Theatervorführungen fehlen Möglichkeiten für Blinde (durch z.B. Head- Sets mit Zweikanal- Ton) oder für Gehörlose (Untertitel)

DIE LINKE fordert eine strikte Umsetzung flächendeckender Barrierefreiheit. Dies unter dem Aspekt „Nutzen-für-alle“. Das bedeutet, dass beispielsweise Rampen und abgesenkte Bürgersteige nicht nur Menschen mit einer körperlichen Behinderungen von Nutzen sind, sondern auch älteren Menschen und Familien mit Kinderwagen. Der Aspekt des demographischen Wandels ist hierbei ein Zusatznutzen einer behindertenfreundlichen Politik.

Aber um das Hauptziel der echten Teilhabe zu verwirklichen, muss ein bundesweiter Aktionsplan mit Zeitplänen, Verantwortlichkeiten und auch der finanziellen Planung erarbeitet werden. Nicht zuletzt bleibt aber der Abbau von Barrieren in den Köpfen der Menschen.

### **Situation in der Bildungspolitik – Eine Schule für alle**

Um den Gedanken der Gleichheit aller Menschen zu manifestieren, muss umgedacht werden. Eine körperliche, seelische, oder geistige Beeinträchtigung zu haben bedeutet nicht defizitär zu sein. Menschen unterscheiden sich – das ist normal. Um diese Normalität

## **Die UN- Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen: Behinderte auf allen Ebenen integrieren – auch in Deutschland**

---

herzustellen müssen die Mitmenschen sensibilisiert werden. Die homogene Betrachtung, alle Menschen können das Gleiche oder sollten es, ist durch den Gedanken der Individualität des Einzelnen zu ersetzen. Die inklusiven Schulen sind dafür der richtige Weg.

Inklusion setzt einen gezielten und gewollten Umgang mit der Vielfalt voraus, legt viel Wert auf die Unterschiedlichkeit der Kinder und deren Talente und verzichtet auf das Prinzip der Lerngruppen. Deswegen erfordert die inklusive Schule keine bestimmten Methoden oder Konzepte für ihre Umsetzung. Vielmehr benötigt Inklusion eine weitgehend flexible Anwendung unterschiedlicher Unterrichtsmethoden und organisatorischer Vorschläge, damit die Bedürfnisse aller Schülerinnen und Schüler befriedigt werden.<sup>3</sup>

Kindern wird von Beginn an vorgelebt, dass „anders sein“ normal ist. Ferner wird den Schülerinnen und Schülern vermittelt, soziale Verantwortung für ihre Mitmenschen zu tragen. Aber auch hier zeigt sich, dass eingefahrene Strukturen die flächendeckende Implementierung inklusiver Schulen verzögern. Hemmnisse diesbezüglich sind unter anderem:

- das mehrgliedrige Schulsystem in Deutschland, das ein gemeinsames Lernen erschwert (hinzu kommen 16 verschiedene Bildungssysteme in den Bundesländern),
- nicht behindertengerechte, bauliche Gegebenheit an Schulen
- Ängste des Lehrpersonals der neuen Situation nicht gewachsen zu sein
- Ängste der Eltern „gesunder“ Schüler, ihre Kinder könnten zu kurz kommen
- Ängste der Eltern von Kindern mit Behinderung vor Ausgrenzung durch Mitschüler

Das das Konzept einer „Schule für alle“ der einzig richtige Weg ist, zeigen unter anderem die Ergebnisse der PISA- Studien.

Die Befürworter und unzähligen Initiativgruppen, die sich um die schnelle Einführung inklusiver Schulen bemühen, sehen sich vielen Problemen gegenüber, bei denen der Staat - seiner Verpflichtung gemäß - unterstützend eingreifen sollte.

Wiederholt kommt die Frage nach dem „Mehrwert“ für Kinder ohne Beeinträchtigung, nachdem „Win-Win- Effekt“. Begriffe, die in einer gewinnorientierten Gesellschaft nicht untypisch, in Bezug auf Bildung, Chancengleichheit und Menschen an und für sich jedoch nicht angebracht sind.

Die Vorteile einer individuell fördernden Bildungspolitik liegen auf Hand. Förderung, die sich dem Lerntempo und den unterschiedlichen Talenten und Begabungen der Kinder und

---

<sup>3</sup> [http://wiki.bildungsserver.de/index.php/Inklusive\\_P%C3%A4dagogik](http://wiki.bildungsserver.de/index.php/Inklusive_P%C3%A4dagogik)

## **Die UN- Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen: Behinderte auf allen Ebenen integrieren – auch in Deutschland**

---

Jugendlichen angleicht, kann nur zum Erfolg führen, wie die PISA- Studie zeigt.

Aktuell wird erwartet, dass sich jedes Kind den Vorgaben des Lehrplans anpasst. Ebenso wie bei Erwachsenen die Fähigkeiten in unterschiedlichen Bereichen liegen ist es auch bei Schülerinnen und Schülern. Das es nicht jedem Kind möglich ist, sich in jedem Fach dem Lerntempo der anderen anzupassen ist nachvollziehbar. Anstatt jedoch – wie bei einer inklusiven Schule – auf die spezifischen Stärken und Schwächen des einzelnen einzugehen, drohen eine Wiederholung des Schuljahres und somit auch der Verlust der sozialen Gruppe. Es wird ein Leistungsdruck aufgebaut, dem ein/e Schüler/in nichts entgegensetzen kann. Das ist keine vernünftige und nachhaltige Bildung!

Deutschland muss sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung bewusst werden. Für das Ziel die Menschenrechte zu verwirklichen und den Forderungen nach zu kommen müssen Handlungsschritte klar formuliert und umgesetzt werden.

DIE LINKE fordert daher:

- Einheitliche Schulsysteme schaffen, damit „Eine Schule für alle“ realisiert werden kann
- Aufklärungskampagnen zum Thema Inklusive Schule, damit (Berührungs-) Ängste von Eltern, Lehrern und Schülern abgebaut werden
- Barrierefreie Schulgebäude
- Barrierefreie Infrastrukturen für Schüler (ÖPNV, Internet...)

### **Situation in der Gesundheitspolitik**

Das Gesundheits-Modernisierungsgesetz (GMG) von 2004 und die Neufassung der Heil – und Hilfsmittelrichtlinien stellen für behinderte und chronisch kranke Menschen nach wie vor ein schwerwiegendes Problem dar. Insbesondere die Zuzahlungen und Einschränkungen bei Leistungsansprüchen sind für viele eine unlösbare Hürde. Auf Grund des hohen Risikos von Kosten, versichern private Versicherer viele Menschen mit Behinderung nicht. Damit können Betroffenen sich nicht privat für die Leistungen finanziell absichern, die die gesetzlichen Krankenversicherungen nicht tragen. Solange es jedoch die beiden Systeme gibt, ist dies eine offensichtliche Diskriminierung.

Aber genau das sollte durch das Solidaritätsprinzip der gesetzlichen Krankenversicherungen verhindert werden: Alle Versicherten zahlen gemäß ihrem Einkommen, haben jedoch den Rechtsanspruch auf gleiche Leistungen (So zahlen z. B. Gesunde für die Kranke und die Junge für Alte Menschen). Durch die Möglichkeit für Beamte, Selbstständige oder Besserverdiener sich aus diesem solidarischen Kreislauf zurück zu ziehen, ist das

## **Die UN- Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen: Behinderte auf allen Ebenen integrieren – auch in Deutschland**

---

Solidaritätsprinzip brüchig. Deutschland ist das einzige europäische Land, in dem es zwei konkurrierende Versicherungssysteme gibt.

Dabei wäre es sinnvoll, das Solidaritätsprinzip der Krankenkassen aufzubauen und zu stärken, anstatt durch undurchdachte Gesetzesänderungen Personenkreise zu diskriminieren und Lobbys zu schaffen.

DIE LINKE fordert daher eine Wiederherstellung des Solidaritätsprinzips durch die Einführung einer gesetzlichen BürgerInnenversicherung und damit:

- dass alle Berufszweige zur Finanzierung der Krankenversicherung verpflichtet werden
- die Beitragsbemessungsgrenze operativ angehoben und strategisch abgeschafft wird
- Zuzahlungen (wie z.B. Praxisgebühr, Zahnersatz)

Die Arbeitgeber sollen wieder 50 Prozent der Krankenversicherungsbeiträge der Beschäftigten tragen.

### **Situation in Bezug auf Rehabilitation und berufliche Teilhabe**

Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit und gerade bei Menschen mit Behinderung ist die Integration in die Arbeitswelt ein wichtiges Thema. Echte Teilhabe bedeutet auch die Möglichkeit zu haben, sich eine Arbeit zu wählen.

Noch immer fehlt es an der Umsetzung der entsprechenden Gesetze, aber auch an der Durchführung von Sanktionen. Unternehmen können sich auch weiterhin von ihrer Verantwortung durch Ausgleichsabgaben „freikaufen“. Dies ist nicht im Sinne der UN-Konvention, im Gegenteil, diese sagt unter anderem:

*„[...]das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen, einschließlich Chancengleichheit und gleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit, auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, einschließlich Schutz vor Belästigungen, und auf Abhilfe bei Missständen zu schützen[...]“<sup>4</sup>*

Zudem ist die Situation in Bezug auf die Beratung von Menschen mit Behinderung defizitär. Im Besonderen sind zu nennen die unklaren Regelungen und Zuständigkeiten, mangelnde Informationen und fehlende Möglichkeiten für blinde oder taube Menschen sich zu informieren (Dolmetscher für Gebärdensprache, Brailleschrift)

---

<sup>4</sup> UN- Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, Artikel 27, Absatz b

## **Die UN- Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen: Behinderte auf allen Ebenen integrieren – auch in Deutschland**

---

DIE LINKE spricht sich ausdrücklich für eine flächendeckende Inklusion am Arbeitsmarkt aus. Dazu gehört:

- Barrierefreiheit am Arbeitsplatz (durch Umgestaltung von Maschinen, Rampen oder Lifts)
- Persönliche Assistenz am Arbeitsplatz

### **Situation in Bezug auf ein selbstbestimmtes Leben**

Ein komplettes, selbstbestimmtes Leben ist aktuell weder in Europa, Deutschland oder Rheinland- Pfalz möglich. Persönliche Mobilität ist ebenso wenig gewährleistet, wie eine unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gesellschaft.

DIE LINKE möchte konkret

- Barrierefreiheit in Bezug auf körperliche, visuelle, auditive und geistige
- Schaffung von behindertenfreundlichen technischen Infrastrukturen (z.B.: Rundfunk, Internet, öffentlicher Verkehr, Individualverkehr)
- Schaffung von behindertenfreundlichen sozialen Infrastrukturen (z. B.: Bildungssystemen, Dienstleistungen, Kulturelle Einrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten etc.)
- Einbeziehung behinderter Menschen in Planungsprozesse
- Bessere Arbeitsmarktintegration
- Faire Behandlung am Arbeitsmarkt
- Kontrollen in Bezug auf Diskriminierung
- Eine umfassende medizinische und pflegerische Betreuung, auch in ländlichen Gegenden
- Die inklusive Schule
- Anerkennung der Würde
- ...

oder schlicht:

**Die schnelle und bedingungslose Umsetzung der UN- Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in Europa und Deutschland!**